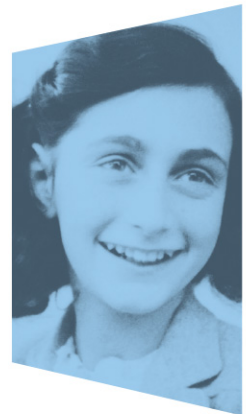


Pressemitteilung

28.08.2018



„Chemnitz“ hat Strahlkraft nach Deutschland

Rechte Gewalttaten beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl von vielen Menschen in Deutschland – Politik und Zivilgesellschaft müssen klare Signale gegen rechts setzen

FRANKFURT. Die von der gewaltbereiten rechten Szene initiierten gewalttätigen Ausschreitungen in Chemnitz bieten in mehrfacher Hinsicht Anlass zur Sorge, sagt der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Dr. Meron Mendel: „In Chemnitz zeigt sich, wie schnell Gerüchte und Falschmeldungen sich über die Sozialen Netzwerke verbreiten und zu handfester Gewalt auf der Straße führen. **Wenn in Deutschland Menschen wegen ihres Aussehens oder ihrer Hautfarbe angegriffen werden, müssen Politik und Zivilgesellschaft handeln – und zwar sofort.**“ Die Ereignisse in der sächsischen Stadt illustrieren die enorm schnelle Mobilisierung der rechten Szene in Sachsen und bundesweit, so Mendel weiter: „Dass sich AfD-Politiker*innen hinter gewaltbereite Neonazis stellen, ist bestürzend.“ Zumindest mit Blick auf Sachsen sei diese Allianz zwischen Rechtspopulisten und Rechtsextremen aber leider auch wenig überraschend.

„Die Geschehnisse in Chemnitz haben Strahlkraft nach ganz Deutschland“, sagt Mendel. Das Signal, das die rechten Demonstrant*innen aus Chemnitz senden, erreiche Menschen in allen Teilen von Deutschland. **„Rechte und rassistische Gewalttaten sind Botschaftstaten“, ergänzt Olivia Sarma, Leiterin der in der Bildungsstätte angesiedelten Beratungsstelle response.** „Wenn Menschen in Chemnitz wegen rassistischer Zuschreibungen von einem wütenden Mob angegriffen und von der Polizei nicht geschützt werden, hat das massive Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl von People of Colour, Migrant*innen und allen als fremd markierten Menschen im ganzen Land.“

Auch die Zahlen politisch motivierter Kriminalität (PMK) belegen, dass Menschen, die wegen ihrer Hautfarbe, ihres Akzents oder wegen religiöser Symbole wie Kopftuch oder Kippa als Fremde wahrgenommen werden, einen berechtigten Grund haben, sich unsicher in Deutschland zu fühlen: Die aktuelle PMK rechts registrierte 2017 bundesweit mehr als 800 rechts motivierte Straftaten und bleibt damit weiterhin konstant auf hohem Niveau. **„Statt darüber zu diskutieren, wie ernst die Sorgen der ‚besorgten Bürger‘ zu nehmen sind, müssen die politischen Entscheidungsträger*innen dringend klare Signale zum Schutz der Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt senden“, sagt Olivia Sarma.** Es sei auch wichtig, die Entwicklungen der rechten Szene in Hessen im Auge zu behalten. Das gilt vor allem für aktuell aktive rechtsextreme Gruppierungen in Nord- und Osthessen. Außerdem seien auch 12 Jahre nach dem Mord an Halit Yozgat in Kassel die mutmaßlichen Unterstützer*innen und das Netzwerk des NSU in Hessen auch nach Abschluss des Untersuchungsausschusses nicht aufgedeckt.

Die feindliche Stimmung gegenüber Geflüchteten sowie die häufige negative mediale Darstellung erinnert derzeit viele Kommentator*innen an die Stimmung der frühen 1990er Jahre im Vorfeld der Pogrome in Rostock-

Lichtenhagen, Solingen und Mölln. „Der Unterschied ist, dass Rechtspopulisten mit der AfD im Bundestag und vielen Landtagen vertreten sind, was ihren Positionen und Haltungen Legitimität verschafft“, sagt Mendel. „**Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Hessen müssen wir besonders aufmerksam sein: Ein gutes Ergebnis der AfD in Hessen dürfte auch das Selbstbewusstsein der hiesigen rechtsextremen Szene stärken.**“ Es sei wichtig, die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu unterstützen. Die Geschehnisse in Chemnitz als Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksextremen Akteur*innen darzustellen, wie es einige Politiker*innen und Beobachter*innen derzeit tun, unterschläge die Tatsache, dass sich den Rechtsextremen in Chemnitz viele Menschen aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft und unterschiedlichen politischen Spektren entgegen gestellt haben.

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Dabei greifen wir in unserer politischen Bildungsarbeit aktuelle Diskurse und Konflikte auf und betreiben den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis – u.a. mit der Tagungsreihe „Blickwinkel“ des antisemitismuskritischen Forums für Bildung und Wissenschaft. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Mit zwei Beratungsstellen unterstützt die Bildungsstätte Anne Frank sowohl Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (response.) als auch Menschen, die Diskriminierung erfahren haben (ADiBe Netzwerk Hessen). Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ bietet die Bildungsstätte Anne Frank mit dem Mobilem Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ eine Wanderausstellung, die seit 2014 auf Tour ist. Nach dem Umbau an der Hansaallee in Frankfurt zeigen wir wieder wechselnde Sonderausstellungen und bieten ein abwechslungsreiches Informations- und Diskussionsprogramm.

bs-anne-frank.de

response-hessen.de

Informationen für Medienvertreter*innen

Eva Berendsen T 069.560 00 152, eberendsen@bs-anne-frank.de